



Christina Dorr

**Strafbarkeit grenzüberschreitend
tätiger Forschungsgruppen im Bereich
der biomedizinischen Forschung
in der Europäischen Union**

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XVII
Einleitung.....	1
A. Problemlage	4
I. Strafanwendungsregeln	5
II. Das <i>ius puniendi</i> und seine Grenzen	5
III. Eröffnung des Schutzbereichs der nationalen Straftatbestände.....	8
B. Ausblick	8
1. Teil: Strafbarkeitsrisiken bei grenzüberschreitender Forschung – Problemaufriss	11
A. Strafanwendungsregelungen der §§ 3 ff. StGB	11
I. Begrifflichkeit.....	11
1. Die §§ 3 ff. StGB als Internationales Strafrecht	11
2. Die §§ 3 ff. StGB als Kollisionsnormen	12
II. Einordnung der §§ 3 ff. StGB.....	13
1. Die Doppelnatur der §§ 3 ff. StGB	13
2. Die unrechtskonstituierende Funktion der §§ 3 ff. StGB.....	15
III. Anknüpfungspunkte, die zur Strafbarkeit bei Auslandstaten führen	16
IV. Zwischenergebnis	17
B. Ursache des Strafbarkeitsrisikos und Einordnung der Problematik	18
I. Ursache des Strafbarkeitsrisikos.....	18
II. Strafberechtigung des deutschen Staates – das <i>ius puniendi</i>	21
III. Das <i>ius puniendi</i> als strafbarkeitsbegrenzender Gesichtspunkt.....	21
IV. Zwischenergebnis	23
C. Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit	24
I. Betroffene Forschungsgegenstände.....	24
1. Biotechnologie	25
2. Biomedizin.....	26
II. Aktualität und Brisanz der Problematik	27
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands.....	28

2. Teil: Die Frage nach der Strafberechtigung des Staates	29
A. Einordnung des <i>ius puniendi</i> : Besteht eine originäre Strafberechtigung und woraus ergibt sich eine solche?	29
I. Lässt sich eine umfassende Strafbefugnis für Auslandssachverhalte aus der Aufgabe und dem Zweck des Strafrechts herleiten?	30
1. Aufgabe des Strafrechts	30
a. Strafwürdigkeit und –bedürftigkeit	31
b. Ergebnis	33
2. Untersuchung der Strafzwecke	33
II. Woraus ergibt sich die Strafberechtigung als solche?	35
III. Ausgestaltung der Strafberechtigung	38
IV. Ergebnis	40
B. Grenzen des <i>ius puniendi</i>	40
I. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Haftbefehl: Gebot der Beachtung des ausländischen Rechts?	42
II. Ergebnis	44
C. Begrenzung der Strafberechtigung über Art. 103 Abs. 2 GG in Verbindung mit nationalen Grundrechten bzw. Europarecht	45
I. Vereinbarkeit der Strafandrohung mit den nationalen Grundrechten der beteiligten deutschen Forscher	45
1. Wissenschaftsfreiheit	45
a. Schutzbereichseröffnung	46
b. Grenzen der Wissenschaftsfreiheit	48
aa. Rechtfertigung durch kollidierendes Verfassungsgut – Staatliche Schutzpflicht zugunsten ausländischer Rechtsgüter?	50
(1) Besteht ein verfassungsrechtliches Gebot zum Schutz ausländischer Rechtsgüter	50
(a) Räumlicher Geltungsbereich der Grundrechte	50
(b) Reichweite der staatlichen Schutzpflicht	51
(2) Ergebnis	53
bb. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Erstreckung nationaler Schutzpflichten im Lichte der Achtung der Souveränität anderer Staaten	53
(1) Keine Verabsolutierung eigener Wertanschauungen	53
(2) Bestehen einer hinreichenden sachlich-persönlichen oder räumlichen Beziehung zum deutschen Staat?	54
cc. Besteht ein Schutzbedürfnis?	55

dd. Extraterritoriale Wirkung der staatlichen Schutzpflichten bei international anerkannten Rechtsgütern.....	56
2. Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit	56
3. Allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG	58
4. Zwischenfazit.....	58
II. Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorgaben	58
1. Anwendbarkeit des Europarechts	60
2. Schutzbereich der Grundfreiheiten	61
a. Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit, Art. 49 ff. AEUV und der Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 ff. AEUV	62
b. Geltung des Herkunftslandprinzips.....	63
c. Schutzbereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit	64
d. Ergebnis	65
3. Rechtfertigung.....	65
a. Rechtfertigung durch die öffentliche Ordnung	66
b. Rechtfertigung durch zwingende Allgemeininteressen	68
c. Rechtfertigung durch Grundrechte der EGRC.....	72
aa. Verhältnis der Grundfreiheiten zu den europäischen Grundrechten.....	73
bb. Bindung der Mitgliedstaaten an die europäischen Grundrechte.....	76
cc. Rechtfertigung durch Grundrechte?	85
d. Rechtfertigung durch sonstige zwingende Allgemeininteressen: Schutz des pränatalen Lebens	86
III. Zwischenergebnis	88
3. Teil: Das Strafanwendungsrecht	91
A. Völkerrechtliche Schranken der Ausdehnung nationaler Strafgewalt.....	91
I. Kompetenz zur Regelung des Anwendungsbereichs des Strafrechts	91
II. Grenzen des Regelungsbereichs – Völkerrechtlicher Nichteinmischungsgrundsatz.....	93
III. Völkerrechtlich legitimierte Anknüpfungsprinzipien.....	96
IV. Materiell-rechtliche Gesichtspunkte hinter den Regelungen des Strafanwendungsrechts	97
V. Zwischenergebnis	99

B. Relevante strafenwendungsrechtliche Regelungen im Rahmen vorliegender Untersuchung	99
I. Wie kommt es zur Geltung deutschen Strafrechts im Ausland?– „Durchbrechung“ des Territorialitätsprinzips.....	99
II. Anwendung des deutschen Strafrechts auf Auslandssachverhalte ohne Beachtung des Tatortstrafrechts – Verstoß gegen Völkerrecht	102
III. Untersuchung der Regelung des § 5 StGB	103
1. Grundgedanke und Systematik der §§ 5 und 6 StGB	103
2. Legitimation der Strafgewalterstreckung durch Anknüpfung an das Weltrechtsprinzip?	106
a. Vereinheitlichung auf gesamteuropäischer Ebene	108
aa. Europäische Union	108
bb. Europarat	115
b. Vereinheitlichung auf internationaler Ebene	117
c. Zusammenfassung.....	119
3. Anknüpfung an die Regelung des § 5 StGB	122
IV. Regelung des § 9 StGB.....	123
V. Ergebnis	124
 4. Teil: Strafbarkeit der Tat – Tatbestandsmäßige Beschränkung des Anwendungsbereichs.....	125
A. Eröffnung des Schutzbereichs für die Anwendung deutschen Strafrechts – Allgemeine Ausführungen	125
I. Schutzbereich der nationalen Straftatbestände	126
1. Individualrechtsgüter	127
2. Kollektivrechtsgüter.....	127
3. Ausnahmsweise Erstreckung des nationalen Rechtsgüterschutzes auf ausländische Rechtsgüter	128
II. Ergebnis	130
B. Schutzbereich der Tatbestände im Rahmen der biomedizinischen Forschung	130
I. Betroffenes Individualrechtsgut	130
1. Individualrechtsgut – Recht auf Leben	131
2. Menschenwürde	133
II. Ergebnis	135
C. Verhältnis des Strafenwendungsrechts zum Schutzbereich nationaler Tatbestände.....	136

I. Frage nach dem Schutzbereich als der Strafrechtsanwendung vorgelagerte Frage	136
II. Gegenansicht: Vorrang des Strafanwendungsrechts	137
III. Ergebnis	138
D. Gesamtergebnis	139
 5. Teil: Grenzüberschreitende Forschungstätigkeit: Unterschiedliche Handlungsformen und Beteiligungsmöglichkeiten und die damit verbundenen rechtlichen Probleme	141
A. Forschungsaktivitäten ausschließlich im Ausland	141
I. Problemaufriss	141
II. Strafberechtigung des deutschen Staates – Grenzen durch Art. 103 Abs. 2 GG	142
1. Vorhersehbarkeit	143
2. Vereinbarkeit mit Grundrechten	144
a. Anwendbarkeit der nationalen Grundrechte	144
b. Rechtfertigung des Eingriffs in die Wissenschaftsfreiheit	144
aa. Rechtfertigung durch Schutzgedanken des § 5 Nrn. 12 bzw. 13 StGB?	145
bb. Rechtfertigung durch kollidierendes Verfassungsgut?	145
c. Ergebnis	146
3. Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorgaben	147
a. Schutzbereich	147
b. Diskriminierung oder Beeinträchtigung?	147
c. Grundfreiheiten als Beschränkungsverbote?	149
d. Rechtfertigung der Beeinträchtigung der Grundfreiheiten	151
aa. Erforderlichkeit der Strafandrohung	151
bb. Angemessenheit: Lässt sich die Beschränkung der Grundfreiheiten durch die Strafandrohung in § 5 Nrn. 12 und 13 StGB mit den europäischen Grundrechten vereinbaren?	152
(1) Schutzbereich	154
(2) Rechtfertigung	156
cc. Abwägung	157
dd. Zwischenergebnis	159
4. Ergebnis	159
III. Strafanwendungsrecht	161

1. Anknüpfungsprinzipien im Rahmen des § 5 StGB.....	161
a. Untersuchung der Anknüpfungsprinzipien	163
aa. Aktives Personalitätsprinzip.....	163
(1) Grundlage	163
(2) Sicherstellung der materiell-rechtlichen nationalen Interessen	163
(3) Zwischenergebnis	167
bb. Untersuchung des Staatsschutzprinzips	168
(1) Grundlage	168
(2) Sicherstellung der materiell-rechtlichen nationalen Interessen	169
b. Verwirklichte Anknüpfungsprinzipien	169
aa. Im Rahmen des § 5 Nr. 12 StGB.....	169
(1) § 5 Nr. 12 1. Variante StGB	169
(2) § 5 Nr. 12, 2. Variante StGB	172
bb. § 5 Nr. 13 StGB	173
2. Legitimation der Strafgewalterstreckung durch Anknüpfung an die völkerrechtlich anerkannten Prinzipien im Rahmen der vorliegenden Konstellation	176
a. Legitimation durch das aktive Personalitätsprinzip	177
b. Legitimation durch das Staatsschutzprinzip	177
c. Ergebnis.....	179
3. Erstreckung der staatlichen Regelungsgewalt ohne Rücksicht auf das Tatortstrafrecht.....	179
a. Konflikt mit dem völkerrechtlichen Fremdenrecht und dem Hoheitsanspruch des Empfangsstaates.....	180
b. Missachtung fremder Rechtsordnungen	181
c. Berechtigtes Interesse des deutschen Staates an der Erstreckung der Strafgewalt?	182
aa. Völkerrechtskonforme Erstreckung der Strafgewalt durch Anknüpfung an das Staatsschutzprinzip.....	182
bb. Völkerrechtswidrige Erstreckung der Strafgewalt durch Anknüpfung an das aktive Personalitätsprinzip	182
4. Ergebnis	183
IV. Zwischenergebnis	183
V. Strafbarkeit nach deutschem Recht	184
1. Inländischer Rechtsgüterschutz betroffen?	184
a. Eröffnung des Schutzbereichs.....	184

b. Problematik: Führt die Erstreckung zu einer Überbewertung nationaler Werte vor der Beachtung gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben und verfassungsrechtlicher Freiheiten?.....	184
2. Zwischenergebnis.....	185
VI. Ergebnis.....	185
B. Grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten vom Inland aus in das Ausland.....	186
I. Problemaufriss.....	186
1. Ursprung des Strafbarkeitsrisikos bei inländischer Teilnahme an ausländischer und nach deutschem Recht verbotener Forschung.....	186
a. Wie kommt es zur Geltung des deutschen Strafrechts – Bestimmung des Tatorts nach § 9 StGB.....	187
b. Problematik.....	188
2. Ursprung des Strafbarkeitsrisikos bei täterschaftlicher Beteiligung an grenzüberschreitenden Forschungsprojekten im Ausland.....	188
a. Wie kommt es zur Geltung des deutschen Strafrechts? – Bestimmung des Tatorts nach § 9 StGB.....	189
b. Problematik.....	190
II. Untersuchung der strafanwendungsrechtlichen Regelungen des § 9 StGB.....	191
1. Untersuchung der Regelung des § 9 Abs. 2 S. 2 StGB.....	191
a. Akzessorietätsgrundsatz.....	191
b. Die Regelung des § 9 Abs. 2 S. 2 StGB als Abweichung vom Akzessorietätsprinzip?.....	192
aa. Rein strafanwendungsrechtliche Betrachtung der Problematik.....	193
bb. Teilnahmedogmatisches Problem: § 9 Abs. 2 S. 2 StGB als Regelung inakzessorischer Teilnahme?.....	194
c. Ergebnis.....	196
2. Untersuchung des § 9 Abs. 1 StGB hinsichtlich der gegenseitigen Zurechnung der Handlungsorte.....	197
a. Meinungsstand.....	197
b. Übertragbarkeit der beteiligungsdogmatischen Überlegungen zur Zurechnung der Tatbeiträge auf das Strafanwendungsrecht?.....	199

3. Zwischenergebnis.....	201
III. Besteht eine Strafberechtigung des deutschen Staates?	201
1. Der Forscher im Ausland	202
2. Der Forscher im Inland: Vereinbarkeit mit den europäischen Grundfreiheiten und europäischen wie nationalen Grundrechten	204
a. Vorhersehbarkeit der deutschen Strafnorm?	204
b. Vereinbarkeit mit den Freiheitsrechten der Forscher	205
aa. Rechtfertigung	206
(1) Reichweite der staatlichen Schutzaufgabe	206
(2) Gewicht des Tatbeitrags.....	207
bb. Ergebnis.....	209
IV. Strafanwendungsrecht: Hinreichende Anknüpfungspunkte der §§ 3 ff. StGB – Völkerrechtliche Schranken der Erstreckung der nationalen Strafgewalt.....	209
1. Forscher im Ausland	210
a. Anknüpfungspunkt.....	210
b. Welche materiell-rechtlichen Erwägungen stehen hinter dem Strafanwendungsrecht?	211
2. Forscher im Inland	212
a. Hinreichender Anknüpfungspunkt	212
b. Materiell-rechtliche Aspekte	212
3. Ergebnis	212
V. Strafbarkeit	213
VI. Gesamtergebnis	213
C. Grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten vom Ausland in das Inland.....	214
I. Problemausfriss	214
II. Strafberechtigung	215
III. Strafanwendungsrecht	217
IV. Strafbarkeit	217
6. Teil: Lösungsvorschlag	219
A. Grenzen der Strafbarkeit in den Berufsrechten anderer Staaten.....	219
I. Heranziehen des § 3 Abs. 2 a.F. StGB.....	220
II. Prozessuale Lösung über § 153 c StPO	220
III. Lösung durch Heranziehung des ausländischen Rechts.....	221
1. Grundsatz	221

2. Beachtung außerstrafrechtlicher Regelungen auf Tatbestandsebene	223
3. Beachtung außerstrafrechtlicher Rechtssätze im Rahmen der Strafrechtsanwendung	223
4. Ergebnis	228
B. Grenzen der Strafflosigkeit	229
C. Ergebnis	231
7. Teil: Schlussbetrachtung	233
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	233
B. Ausblick	237